

AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung

Jahresbericht 2009



Z
E
S
A
M
M
E
N
A
R
B
E
I
T

Herausgeber

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Heiligkreuz 14
9490 Vaduz

Ausländer- und Passamt
Städtle 38
9490 Vaduz

Amt für Wald, Natur und Landschaft
Dr. Grass-Strasse 12
9490 Vaduz

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED
Im Malarsch 14
9494 Schaan

Impressum

Bildnachweis

© Caritas Armenien: Seite 14
© Caritas Ukraine: Seite 16
© DEZA: Seite 10
© Andreas Gstöhl: Seite 6
© Helvetas: Seite 21
© Martin Walser: Seite 1
© WFP: Seiten 4, 8, 12

Layout

Grafik Sabine Bockmühl, Triesen

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

© AAA, Juni 2010

Titelbild:
Gespräch mit einem Dorfbewohner aus Sis,
Aserbaidschan (siehe Projektbeschreibung
auf den Seiten 26 ff.)

Editorial



Der Klimawandel ist schon längst ein Thema der Massenmedien und begegnet uns nahezu überall: Globale Erwärmung, Kyoto-Protokoll, Unwetterkatastrophen, CO₂-Emissionen. Obwohl die Hauptverantwortung für die Veränderungen des Klimas bei den Industriestaaten liegt, haben die Entwicklungsländer den grössten Teil der negativen Folgen zu tragen. Es trifft also einmal mehr die Ärmsten auf der Welt. Selbst wenn es einen grundsätzlichen Konsens über die Dringlichkeit des Handelns gibt, so hat der Klimagipfel Ende 2009 in Kopenhagen doch gezeigt, dass es schwierig ist, die gegensätzlichen Interessen der Staaten zusammenzubringen.

Es freut mich, hiermit den zweiten, von allen involvierten staatlichen Stellen und dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) gemeinsam verfassten Jahresbericht über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) Liechtensteins präsentieren zu können. Nachdem der Bericht 2008 als erster gemeinsamer Jahresbericht breite Informationen über die wichtigsten Fakten sowie die strategischen Grundlagen der IHZE zusammenfasste, ist der Jahresbericht 2009 nun dem Schwerpunktthema «Umwelt und nachhaltige Entwicklung» gewidmet. Auch das Internationale Jahr der Biodiversität ist mit ein Grund dafür, dem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und der nachhaltigen Nutzung der beschränkten, natürlichen Ressourcen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Besonders freue ich mich darüber, dass Herr Peter Niggli sich bereit erklärt hat, den Einleitungsartikel zu diesem Jahresbericht zu verfassen. Er ist Geschäftsleiter von «Alliance Sud» und Experte in der 2009 eingesetzten Kommission für Entwicklungspolitik, welche der liechtensteinischen Regierung in entwicklungspolitischen Fragen beratend zur Seite steht.

Der vorliegende Bericht offenbart die Vielfältigkeit des liechtensteinischen Engagements im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung. Da zwangsläufig nur ein Ausschnitt der gesamten Projektpalette gezeigt werden kann, möchte ich auf die gesamte Liste der im Rahmen der IHZE durchgeführten Projekte im Rechenschaftsbericht 2009 der Regierung an den Landtag hinweisen. Diesen finden Sie online unter www.llv.li. Auch die liechtensteinische Bevölkerung hat im vergangenen Jahr erneut ihre grosse Solidarität mit benachteiligten Menschen bewiesen. Für die vielen Spenden sowie privaten Projekte und Initiativen möchte ich bei dieser Gelegenheit ein grosses Dankeschön aussprechen. Es ist für mich immer eine grosse Freude, Liechtenstein als engagiertes und verantwortungsvolles Land im Ausland präsentieren zu können.

Die verschiedenen Beiträge und Fotos widerspiegeln auf eindruckliche Art und Weise das Potential und die Besonderheiten der Länder, in denen wir tätig sind. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Reise durch diese eher fernen Länder und Regionen und eine gute Lektüre!

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick



Nahrungsmittelverteilung an
burundische Flüchtlinge in Kigoma,
Tansania

Inhalt

Klimakrise und Entwicklungszusammenarbeit Peter Niggli	6
Naturkatastrophen: Soforthilfe danach, aber nicht nur ... Andrea Hoch	8
Vom Klima vertrieben – Interview mit Petra Winiger im Tschad Thomas Lageder	11
Die Herausforderungen der Migration: Ein Augenschein in Armenien und der Ukraine Thomas Gstöhl	14
IHZE 2009 in Zahlen Andrea Hoch und Christine Lingg	17
Umwelt und Entwicklung – Zwei Seiten der gleichen Medaille Dr. Rudolf Batliner	21
Wasser für die Dritte Welt – Interview mit Peter Ritter in Tansania Dr. Rudolf Batliner	24
Liechtenstein an der Klimakonferenz in Kopenhagen Manuel Frick	25
Internationale Partnerschaften – Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern in Zentralasien und im Kaukasus Dr. Felix Näscher	26
Schlusswort Roland Marxer	30

Klimakrise ...

6 |

... und Entwicklungszusammenarbeit

Die Klimaerwärmung gehört heute zu den Hauptsorgen der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Sie betrifft die Länder, in denen wir tätig sind, am stärksten. Die Weltbank rechnet damit, dass die negativen Folgen der Klimaerwärmung bis 2100 zu 80 Prozent in den Entwicklungs- und nur zu 20 Prozent in den Industrieländern anfallen werden. Kurz, die Hauptverursacher der Klimaerwärmung kommen gut weg: Die 500 Millionen reichsten Menschen der Welt beziehungsweise 7 Prozent der Weltbevölkerung sind für 50 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich – die ärmsten 50 Prozent nur für 7 Prozent der Emissionen.

Nach den Erkenntnissen des Klimarats der UNO, des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), wird sich das Klima in diesem Jahrhundert im besten Fall von raschen Gegenmassnahmen um knapp zwei Grad erwärmen. Im schlimmsten Fall des Laissez-faire rechnet der IPCC mit einer Erwärmung um vier Grad mit unbe-rechenbaren Folgen für Ökosysteme und Klima.



Frauen auf dem Weg zum Markt
in Medor, Haiti

Negative Folgen der Klimaerwärmung sind also auf alle Fälle zu erwarten. Wir haben die Wahl zwischen einigermaßen handhabbaren und katastrophal aus dem Ruder laufenden Folgen. Am stärksten wird es Afrika treffen. In den Trockengebieten Afrikas ist die Landwirtschaft stark gefährdet, die Wasserknappheit im nördlichen Afrika wird stark zunehmen. Tropische Krankheiten wie die Malaria werden sich auf Gebiete ausbreiten, die bislang davon verschont geblieben sind. Bis zur Hälfte der Bevölkerung des Kontinents könnte unter den Folgen der Klimaerwärmung zu leiden haben und teilweise aus den angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden.

Während im Falle Afrikas die Klimaerwärmung negative Entwicklungstrends zu verstärken droht, könnte sie Asiens Entwicklungs- und Industrialisierungserfolge gefährden. In der Landwirtschaft Asiens sind 2020 je nach Szenario durchschnittliche Ertragseinbussen pro Flächeneinheit von 2,5 bis 10 Prozent und 2050 von 5 bis 30 Prozent zu erwarten. Dies bei steigender Bevölkerung! Zu den am stärksten betrof-

fenen Regionen gehören einige, die am dichtesten besiedelt sind, zum Beispiel Nordindien, Bangladesch, Teile Chinas oder die Reiskammern Vietnams in den Deltas des Mekong und des Roten Flusses. An den Folgen der landwirtschaftlichen Ertrags-einbussen dürfte in der Mitte des Jahrhunderts eine Milliarde Menschen leiden.

Die Wasserknappheit in Westasien inklusive Naher Osten wird nach dem IPCC drastisch zunehmen. In Indien könnte bis 2050 die pro Kopf verfügbare Wassermenge um vierzig Prozent abnehmen. Die grossen Flüsse, welche den Wasserbedarf Nordindiens, Bangladeschs und der fruchtbaren Gebiete Chinas zu einem guten Teil decken, dürften nach der Jahrhundertmitte deutlich geringere, beziehungsweise saisonal viel stärker schwankende Wassermengen führen. Dies, weil die grossen Gletscher des Himalajas und Tibets so rasch schrumpfen wie diejenigen der Alpen. Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf für die Landwirtschaft: In China ist bei einem weiteren Temperaturanstieg von einem Grad – was um 2020 der Fall sein könnte – damit zu rechnen, dass sechs bis zehn Prozent mehr Wasser für die Bewässerung gebraucht werden, um die Verdunstungsverluste auszugleichen.

Das zeigt, dass globale Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen allein nicht genügen. Sondern die Entwicklungsländer werden sich an eine weitere Klimaerwärmung anpassen müssen. Zu den nötigen Massnahmen zählen Veränderungen in der Landwirtschaft, neue und effizientere Wasserrückhalt-, Bewässerungs- und Wasserversorgungssysteme oder die Neuansiedlung von Menschen aus Gebieten, welche sich nicht mehr bewohnen lassen. Tief liegende Länder wie Bangladesch prüfen zudem nach dem Beispiel der Niederlande die Möglichkeit von Dammsystemen gegen den steigenden Meeresspiegel, um das fruchtbare Ganges-Delta vor Versalzung und Überflutung zu schützen.

Die praktische Entwicklungszusammenarbeit hat in einigen Bereichen, die für die Klimaanpassung nötig sind, lange Erfahrungen gesammelt. Die herkömmlichen Programme der ländlichen Entwicklung trugen schon bislang zur Klima-Anpassung bei, sollten nun aber im Lichte der prognostizierten Verschlechterungen klimaseitig überarbeitet und verstärkt werden. Die Entwicklungsländer selber sind herausgefordert, die wahrscheinlichen Auswirkungen der Klimaerwärmung auf ihre Länder zu erheben und Anpassungsstrategien und Massnahmen auszuarbeiten – nicht wenige sind schon daran. Dazu sind sie auch auf regionale und internationale Zusammenarbeit angewiesen.

Das kostet. Man rechnet weltweit mit jährlichen Anpassungs-Kosten der Entwicklungsländer von 50 Milliarden Dollar. Rhetorisch herrscht Konsens, dass die Industrieländer den armen Ländern finanziell behilflich sein müssen. Konsens besteht auch darüber, dass diese Ausgaben zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit, also zur Bekämpfung der bittersten Armut, zu leisten sind. Woher die Milliarden kommen sollen, ist hingegen offen. Der schweizerische Beitrag dazu, um den Nachbarn als Beispiel zu nennen, würde verursachergerecht am besten über die CO₂-Abgabe finanziert werden. Dazu muss das Parlament aber erst die Voraussetzungen schaffen, wogegen sich, nicht nur in der Schweiz, Widerstand regt.

Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud

Peter Niggli ist seit 1998 Geschäftsleiter von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Lobby-Organisation der Arbeitsgemeinschaft von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Das Gemeinschaftsunternehmen hat den Auftrag, die staatlichen und privaten Akteure, welche die schweizerische Nord-Süd-Politik gestalten, im Interesse der benachteiligten Schichten der Entwicklungsländer zu beeinflussen. Peter Niggli ist Herausgeber und Autor von zahlreichen Publikationen im Bereich der Entwicklungspolitik, darunter *Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert* (2004) und *Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige!* (2008). Schliesslich ist Peter Niggli Experte in der im Jahr 2009 eingesetzten Kommission für Entwicklungspolitik, welche die liechtensteinische Regierung in entwicklungspolitischen Fragen berät.



Naturkatastrophen

8 |

Soforthilfe danach, aber nicht nur ...

Die Anzahl vor allem witterungsbedingter Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren und tropische Wirbelstürme hat in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Dies schlägt sich nicht nur zahlenmässig nieder, auch die Folgen der extremen Wetterverhältnisse sind schwerwiegender geworden. Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf die globale Klimaerwärmung.



Nahrungsmittelverteilung in Adwira, Uganda

Neben den plötzlich auftretenden Katastrophen bergen insbesondere die schleichenden Veränderungen grosse Gefahren für die Menschen in den Entwicklungsländern. Zunehmend längere und wiederkehrende Dürreperioden sowie die Verknappung der Wasserressourcen führen in gewissen Regionen zu einem dramatischen Rückgang des landwirtschaftlichen Ertrags und des Viehbestands. Stark davon betroffen sind zum Beispiel die Menschen am Horn von Afrika. Wiederkehrende Dürreperioden haben die Bevölkerung geschwächt und sie von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig gemacht. Auch Liechtenstein sah sich im Jahr 2009 dazu veranlasst, auf den Hilfsappell des Welternährungsprogramms (WFP) zu reagieren und einen Beitrag für die Hunger leidende Bevölkerung in Djibouti und in Äthiopien zu leisten.

Einen kleineren, aber dafür nicht weniger wichtigen Beitrag leistet die liechtensteinische Nichtregierungsorganisation «Kreuz des Südens» in der Sahelregion. Vor zwei Jahren – als die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt plötzlich drastisch gestiegen waren und dadurch viele Menschen in Not gerieten – startete sie eine Hilfsaktion zur Linderung der Hungersnot in den ländlichen Gebieten Senegals sowie in den angrenzenden Regionen in Guinea, Guinea-Bissau, Mali und Mauretanien. Die liechtensteinische Regierung unterstützte diese Aktivitäten im Berichtsjahr im Rahmen der Aufstockung von Spendensammlungen. Während Nahrungsmittelhilfe unverzichtbar ist, um das unmittelbare Überleben der Betroffenen zu sichern, müssen doch auch langfristige und nachhaltige Bewältigungsstrategien gefunden werden. Für die Bekämpfung von Hunger bietet vor allem die Investition in eine produktivere und resistenzere Landwirtschaft die besten Erfolgsaussichten.

Prävention kann Leben retten

Der Einsatz von präventiven Massnahmen kann bei plötzlich auftretenden Naturkatastrophen zu einer bedeutenden Reduktion von Todesfällen, Verletzungen und Schäden an Land und Infrastruktur beitragen. So hätte ein effektives Frühwarnsystem die verheerenden Folgen des Tsunami in Asien im Jahre 2004 um ein Vielfaches verringern können. Die liechtensteinische Bevölkerung hatte in der Folge des Spendenaufrufs des Liechtensteinischen Roten Kreuzes und der Caritas Liechtenstein mit einer beeindruckenden Grosszügigkeit reagiert. Die eingegangenen Spenden in der Höhe von rund 4 Mio. Franken wurden damals von der Regierung um weitere 2 Mio. Franken aufgestockt. Die Auszahlung dieser Mittel erfolgte in vier jährlichen Tranchen. Im Jahr 2009 konnten nun die entsprechenden Projekte zum mittel- bis langfristigen Wiederaufbau in Sri Lanka und Indien abgeschlossen werden.

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Vorbeuge- und Hilfsmassnahmen zur Erhaltung menschlichen Lebens und zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Sie umfasst auch den mittelfristigen Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur in Regionen, die von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten betroffen sind.



Junge MAGs in Yalova, Türkei

Für den Ernstfall gewappnet

Im Gesetz über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung von 2007 ist vorgesehen, dass die Regierung im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe auch vorbeugende Massnahmen unterstützen kann. Im Jahr 2009 wurde das Thema «Disaster Risk Reduction» nun zum ersten Mal in einem konkreten Projekt aufgegriffen. Liechtenstein beteiligte sich an einem Programm der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zur Förderung der zivilen Katastrophenbewältigung in der Türkei. Die Türkei wird regelmässig von schweren Erdbeben erschüttert. Die Erfahrung zeigt, dass in den ersten Stunden nach einer Katastrophe über 90 Prozent der Bevölkerung durch Angehörige, Freunde und Nachbarn im eigenen Quartier gerettet werden. Offizielle Hilfskräfte sind meistens nicht rechtzeitig zur Stelle. Somit ist es wichtig, dass die lokale Bevölkerung vorbereitet ist und über entsprechendes Material und Kenntnisse verfügt. Ein Schwerpunkt des Programms bildet die Ausbildung und Ausrüstung von Nachbarschafts-Freiwilligengruppen auf Quartierebene, so genannten «MAG – Mahalle Afet Gönüllüleri». Insgesamt wurden in diesem Programm bereits über 3'500 Freiwillige, darunter auch Jugendliche, in total 75 MAG-Gruppen ausgebildet und ausgerüstet.

Diese wenigen Beispiele aus den im Jahr 2009 finanzierten Projekten zeigen, wie stark die Folgen von Naturkatastrophen und extremen Wetterphänomenen die Arbeit der Not- und Wiederaufbauhilfe prägen. Gerade den leisen und langsam vorschreitenden Tragödien, bei denen Menschen in den bereits heute ärmsten Regionen der Welt ihre ganze Lebensgrundlage verlieren, gilt es auch in Zukunft grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Sie sind selten Thema in den internationalen Medien und erhalten darum nicht die nötige Unterstützung bei der Suche nach wirkungsvollen Präventions- und Anpassungsmassnahmen.

Andrea Hoch, Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Vom Klima vertrieben

Interview mit Petra Winiger im Tschad

I 11

Petra Winiger trat ihre Stelle als Junior Professional Officer bei der UNO im Jahre 2007 an. Das auf drei Jahre angelegte Secondment wird von Liechtenstein finanziert. Von Beginn an hat sie das Team von Prof. Walter Kälin, Vertreter des UNO-Generalsekretärs für die Menschenrechte intern Vertriebener, unterstützt. In dieser Funktion war sie zuständig für die Folgen von Naturkatastrophen und Klimawandel für intern Vertriebene. Sie nahm auch an den Verhandlungen zur Erarbeitung des Post-Kyoto-Protokolls teil, welches 2009 beim Klimagipfel in Kopenhagen festgeschrieben werden sollte.

Im Oktober 2009 begann schliesslich der einjährige Feldeinsatz für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) im Tschad. Petra Winigers Aufgabe ist die Umsetzung einer zwischen dem Sonderbeauftragten Prof. Walter Kälin und den lokalen Behörden ausgearbeiteten Strategie zur Verbesserung der Situation von intern Vertriebenen.



Momentan gelten im Tschad über 170'000 Personen als intern vertrieben. Erklären Sie uns bitte, weshalb sich diese Menschen auf der Flucht befinden.

Teils resultieren die Vertreibungen aus dem Darfur-Konflikt im angrenzenden Sudan. Im Osten des Landes ist die Zivilbevölkerung immer wieder gezwungen, aus ihren Dörfern zu fliehen, da aufflackernde Gefechte zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen führen. Teils sind die Vertreibungen eine direkte Folge der sich verschärfenden klimatischen Bedingungen im Tschad, wie die zurzeit herrschende Trockenheit im Sahelgürtel und die damit verbundene Hungersnot.

Können Sie etwas genauer ausführen, inwiefern die klimatischen Bedingungen negative Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben?

Die ohnehin extremen Ausprägungen des Klimas in diesem Teil der Erde, welche von lang anhaltender Dürre und Sandstürmen bis zu überschwemmungsartigen Niederschlägen in der Regenzeit reichen, stellen schon an sich grosse Anforderungen an die Bevölkerung. Die Menschen im Nordosten des Tschad, wo sich die intern Vertriebenen auf engem Raum konzentrieren, leben fast ausschliesslich von der Landwirtschaft, einige davon sind auch Nomaden. Durch ihre Lebensweise sind sie in besonderem Masse von den klimatischen Bedingungen abhängig. Lassen die Regenfälle auf sich warten oder bleiben sie gänzlich aus, hat das direkte Folgen auf das Nahrungsangebot für Mensch und Tier. Oft sind deshalb die Bewohner vom

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik und auf den weltweiten Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden, Staatenlosen und anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen, ausgerichtet.



Rande der Sahara gezwungen, sich durch Plünderungen südlicherer Dörfer am Leben zu erhalten. Die zunehmende Gewalt wird noch verstärkt durch die grössere Verfügbarkeit von Waffen in der Region. Die traditionell geduldeten Hunger-Razzien der nördlichen Volksstämme eskalieren daher zunehmend. Die Sicherheit der Menschen ist in ganz erheblichem Masse beeinträchtigt und veranlasst sie dazu, ihre angestammten Gebiete zu verlassen.

Somalische Flüchtlinge bei der Verteilung von Hilfsgütern im Flüchtlingslager Kebribeyah, Äthiopien

Die Knappheit der vorhandenen natürlichen Ressourcen führt also zu grossem Konfliktpotential. Kommt dabei auch dem Thema Wasser eine zentrale Rolle zu?

Das tägliche Leben wird von der Verfügbarkeit von Wasser und dessen Qualität dominiert. Sich, die Familie, die Felder und sein Vieh mit Wasser zu versorgen, ist eine tägliche Herausforderung. Die schiere Masse der intern Vertriebenen auf engstem Raum beeinträchtigt das natürliche Gleichgewicht dieser empfindlichen Region. Zu viele Menschen müssen mit sehr wenig auskommen, was zu Raubbau an der Natur führt. Das wenige Wasser muss für noch mehr Menschen reichen. Die spärliche Vegetation wird für Nahrung, Behausungen und Feuerholz verwendet und zerstört. Erschwert wird diese angespannte Situation durch den immer stärker werdenden Druck durch das Klima auf die bereits knappen Ressourcen, wie fruchtbares Land und Wasser aus künstlichen Brunnen, die zu versiegen drohen. Die Ausbreitung der Sahara führt zusätzlich dazu, dass sich die Menschen auf zunehmend schrumpfendem Raum konzentrieren. Der Zugang zu Wasser und dessen Nutzungsrechte werden dabei nicht selten mit Gewalt verteidigt und erstritten. Durch die prekäre Situation sind die Menschen gezwungen, die Natur übergebührend auszubeuten,

um sich das nackte Überleben zu sichern. Aus diesem Teufelskreis von Not, Hunger und Überbeanspruchung der Lebensgrundlagen gibt es fast keinen Ausweg.

Wie kann UNDP hier weiterhelfen?

Durch humanitäre Hilfsmassnahmen wird das Nötigste, vor allem Wasser, Nahrung und Schutz vor Übergriffen bewaffneter Gruppen, zur Verfügung gestellt. In einem zweiten Schritt unterstützt UNDP die Rückkehr an den Herkunftsort oder die Integration in neue Dörfer. Dabei erweist sich die nachhaltige Lösung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen als die grösste Herausforderung. Langfristig sollen die Menschen die Möglichkeit erhalten, sich selbst zu versorgen, ohne die eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Es werden Strukturen geschaffen, die eine friedliche Regelung der Ressourcenverteilung ermöglichen. So wurde z.B. eine Stelle eingerichtet, welche der lokalen Bevölkerung in Rechtsfragen zur Seite steht. Es werden aber auch Anstrengungen unternommen, die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und die Bildung zu fördern.

Petra Winiger bei der Arbeit im Tschad.
Feldbesuch im Dorf Borota in der Quaddäi
Region an der Grenze zum Sudan



Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung im Tschad ein?

Es ist wahrscheinlich, dass der Prozess der internen Vertreibung durch den Klimawandel zusätzlich angeheizt und die Zahl der Klimavertriebenen noch ansteigen wird. Die Menschen im Tschad sind den klimatischen Veränderungen in dieser äusserst fragilen Region praktisch schutzlos ausgeliefert. Sie sind unter den Ersten, die die direkten Auswirkungen des ungebremsten industriellen Wachstums und der Erderwärmung am eigenen Körper zu spüren bekommen und leider auch mit Leib und Leben bezahlen müssen.

Frau Winiger, vielen Dank für das Interview!

Thomas Lageder, Praktikant, Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Herausforderungen der Migration

14 |

Augenschein in Armenien und der Ukraine

Der Strom von Migranten aus armen Ländern nach Europa steigt stetig an. Die Gründe, die Menschen zur Migration bewegen, sind vor allem die aussichtslose soziale und wirtschaftliche Situation sowie die politische und wirtschaftliche Instabilität in den Ursprungsländern, welche oft mit massiver Arbeitslosigkeit gepaart ist. Viele Migranten, vor allem junge Menschen, sehen die einzige Chance zur Verbesserung ihrer Situation darin, ihre Heimat in Richtung Westeuropa zu verlassen. Nur wenige erhalten eine reguläre Einreise- und Arbeitsbewilligung. Die meisten sind daher gezwungen, es auf dem Weg der irregulären Migration zu versuchen. Sie laufen dadurch Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden. Einmal in ihre Heimat zurückgekehrt, werden sie mit sozialer Ablehnung und Diskriminierung konfrontiert. Sie werden von ihren Familien und Gemeinden nicht mehr akzeptiert, erhalten kaum Unterstützung und sind mit ihren Problemen auf sich alleine gestellt. Liechtenstein unterstützt im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationshilfe unter anderem in Armenien und der Ukraine zwei grosse Migrationsprojekte, die sich diesem Themenbereich widmen.



Arbeitslose wärmen sich an einem Feuer nahe eines Marktes in Eriwan, Armenien

Armenien von den Folgen eines Erdbebens gebeutelt

Dem schweren Erdbeben vom Dezember 1988 hielten in Armenien viele Gebäude, insbesondere Schulen und Krankenhäuser, nicht stand. Mehr als 25'000 Menschen starben durch die direkten Folgen des Erdbebens, zudem kam eine unbekannte Zahl aufgrund der winterlichen Bedingungen und der mangelhaften Massnahmen durch die Behörden ums Leben. Die damals entstandenen Schäden an der Infrastruktur verhindern die wirtschaftliche Entwicklung bis in die heutige Zeit.

Ein Volk verlässt sein Land

I 15

Armenien dürfte weltweit am stärksten von Migration betroffen sein. Laut inoffiziellen Schätzungen lebt heute weniger als ein Drittel der mehr als 10 Millionen Armenier in Armenien selbst. Alleine in den letzten zehn Jahren sollen knapp 35 Prozent der Bevölkerung das Land verlassen haben. Zielländer sind vor allem Spanien, Belgien, Frankreich und die Niederlande. Die Migranten suchen dort um Asyl an oder bewegen sich als Illegale am Rande der Gesellschaft. Armenien leidet zusätzlich stark unter Landflucht. Mehr als die Hälfte der drei Millionen Einwohner lebt in der Hauptstadt Eriwan.

Hilfe vor Ort

Caritas Vorarlberg und Caritas Austria wollen gemeinsam mit der armenischen Caritas der Problematik der illegalen Migration begegnen. Es werden dabei vier Hauptziele verfolgt: Training und Beratung von potentiellen regulären Migranten, Unterstützung und Reintegration von zurückkehrenden, ehemaligen irregulären Migranten, Information der Öffentlichkeit und Bildung eines Beratungsfonds für die dauerhafte Unterstützung der Migration und Entwicklung in Armenien. Mit Hilfe von Beratung vor der Auswanderung soll der irregulären Migration vorgebeugt und eine zirkuläre Migration gefördert werden; Migranten sollen somit nicht nur Geld, sondern auch ihr Wissen und Erfahrung ins Heimatland zurückbringen und dadurch die heimische Wirtschaft stärken. Durch die Förderung der zirkulären Migration kann zudem der Verlust von qualifizierten Arbeitskräften gemildert werden. Rückkehrer, meist irreguläre Migranten, benötigen nebst einer Unterkunft oft medizinische und psychologische Betreuung im Heimatland. Durch die Unterstützung des Reintegrationsprozesses wird das soziale Netzwerk gestärkt. Der Ausgrenzung und Nichtakzeptanz von Rückkehrern kann so wirkungsvoll begegnet werden. Mit der Bereitstellung von Informationen für die breite Öffentlichkeit wird die reguläre Migration wirksam gefördert.

Die Ukraine, hin- und hergerissen zwischen Ost und West

Seit der 1991 erreichten Unabhängigkeit ist es der politischen Führung in der Ukraine nicht gelungen, wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Die gegenwärtige politische Instabilität, gekennzeichnet durch eine tiefe Spaltung zwischen dem pro-russischen Ostteil und dem pro-europäischen Westteil, gefährdet die angeschlagene Wirtschaft zusätzlich. Der 2008 ausgebrochene Handelskrieg mit Russland, dem wichtigsten Absatzmarkt für ukrainische Produkte, bedroht die wirtschaftliche Entwicklung. Naturkatastrophen wie die starken Überschwemmungen von 2001 und das Jahrhundertunwetter von 2009 verschlechterten die ohnehin bereits harten Lebensbedingungen vieler Menschen. Unter diesen Voraussetzungen verarmt das Land zusehends und viele Ukrainer sehen in ihrer Heimat keine Zukunft mehr. Vor allem junge Männer brechen nach Westeuropa auf, viele begeben sich dabei in die Hände von skrupellosen Menschenhändlern.



Kreative Beschäftigung für Kinder und Jugendliche im Tageszentrum der Caritas in Kolomya, Ukraine

Wiedereingliederung als zentrale Aufgabe

Opfer von Menschenhandel sind oft eingeschüchtert und körperlich wie seelisch verletzt. Nach einer Rückkehr finden sie selten Hilfe, auch nicht von ihren Familien. Mit Unterstützung der Caritas Schweiz führt die Caritas Ukraine seit 2004 in vier Städten der Westukraine Beratungszentren. Diese Region ist von Arbeitslosigkeit besonders betroffen und von hier stammen auch die meisten Opfer von Menschenhandel. In den von Sozialarbeitern und Psychologen geführten Zentren werden nebst temporärer Unterkunft individuelle Beratungsgespräche, Hilfe bei der Suche nach vermissten Personen im Ausland sowie medizinische Hilfe und finanzielle Unterstützung für die Wiedereingliederung angeboten. Die Wiedereingliederung ist ein zentrales Thema der Zentren und umfasst Unterstützung bei Bewerbungen, Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche, Hilfeleistungen beim Vermitteln von Stellen oder bei der Planung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.

Die Kinder bleiben zurück

Wenn beide Elternteile im Ausland nach Arbeit suchen, bleiben die Kinder in der Obhut von Verwandten oder Nachbarn oder sich selbst überlassen. Oft vernachlässigen sie den Schulunterricht, konsumieren Drogen und werden dabei Opfer von kriminellen Banden. Die Caritas Ukraine führt in fünf Städten der Westukraine Tageszentren für verwahrloste Kinder und Jugendliche. Sie erhalten warme Mahlzeiten, Kleider, medizinische Betreuung, und soweit nötig, auch Beratung durch einen Psychologen. Durch einen geordneten Tagesablauf und Hilfe bei Hausaufgaben soll die Reintegration gefördert werden. Die Mitarbeiter der Zentren stehen dabei in engem Kontakt mit den Schulen, Behörden und staatlichen Heimen. Von diesen Zentren aus wird den Kindern auch geholfen, Verwandte zu suchen und amtliche Dokumente und Ausweise zu beschaffen.

Thomas Gstöhl, Ausländer- und Passamt

IHZE 2009 in Zahlen

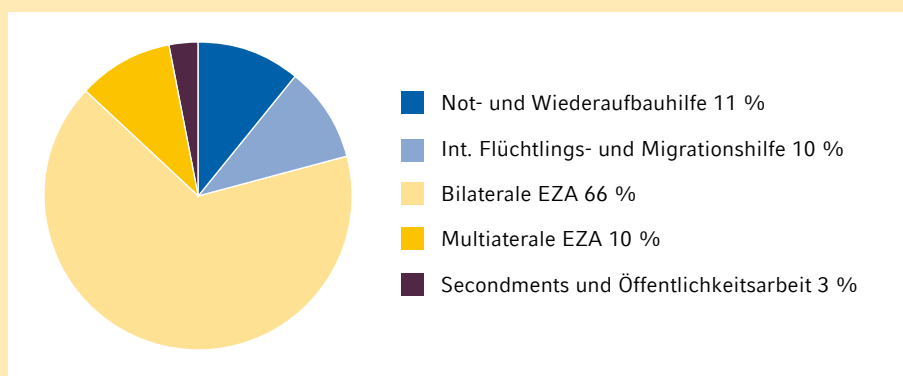
Ausgaben und Mittelverteilung

I 17

Für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) hat das Land Liechtenstein im Jahr 2009 insgesamt 27.4 Mio. Franken aufgewendet. Zwei Drittel dieser Mittel flossen in bilaterale Entwicklungsprojekte. Dieser vom liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) verwaltete Bereich ist das grösste Standbein der IHZE. Jeweils etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets wurden über die anderen Kategorien ausgeschüttet.

Im Berichtsjahr finanzierte Liechtenstein zudem vier Stellen, sogenannte Secondments, bei internationalen Organisationen. Darunter befanden sich drei Nachwuchsstellen, sogenannte Junior Professional Officers (JPO), beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), beim UNO-Büro zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), beim UNO-Sonderbeauftragten für intern Vertriebene, Prof. Walter Kälin, sowie eine Expertenstelle beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF).

Mittelverteilung nach Kategorien

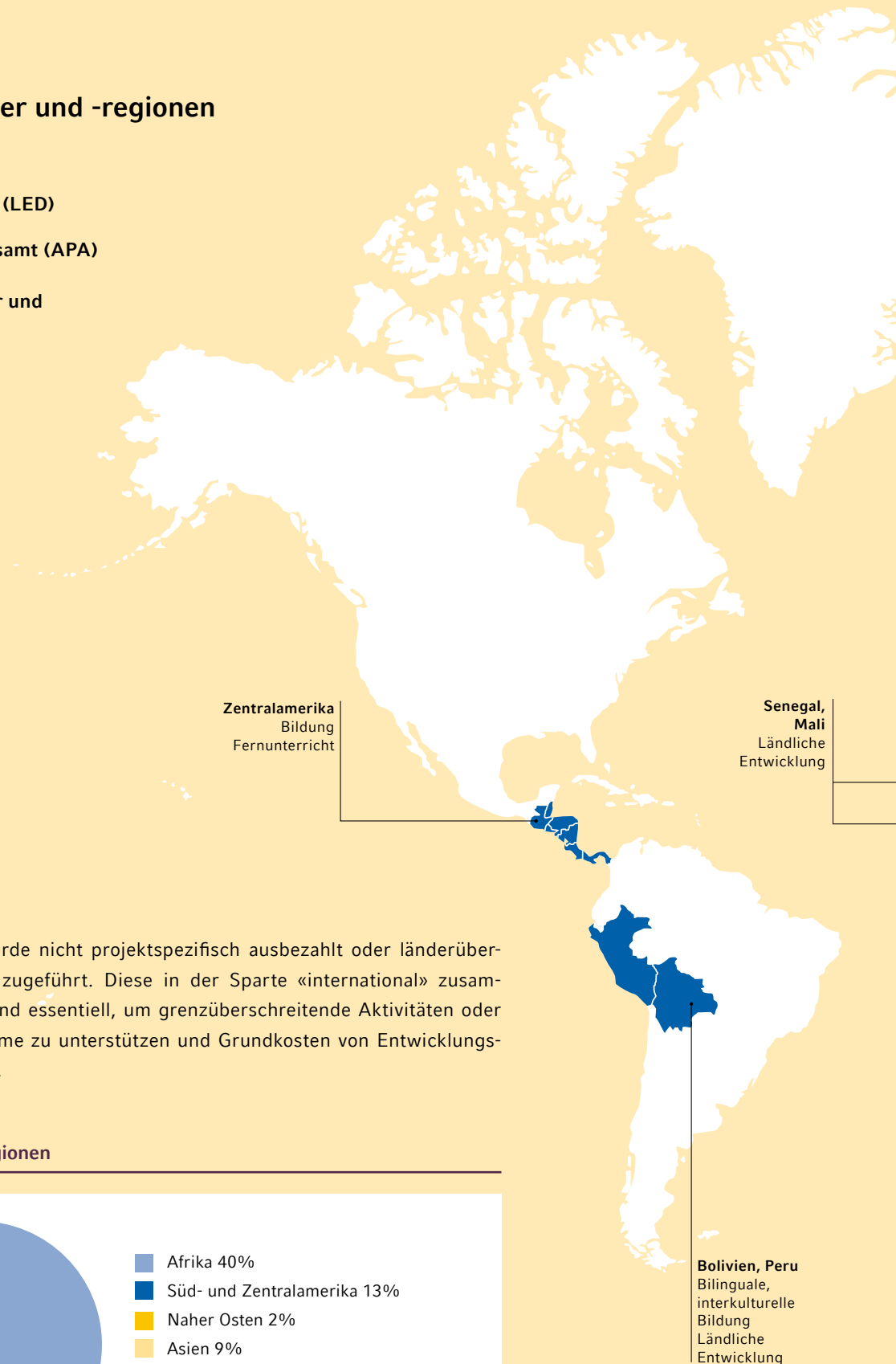


Mehr als ein Drittel (40 Prozent) der liechtensteinischen IHZE-Mittel floss nach Afrika. Für die Betreuung der Projekte mit Südpartnern in den afrikanischen Schwerpunktländern unterhält der LED in Harare, Zimbabwe, ein Büro mit einer lokalen Mitarbeiterin.

Ungefähr ein Sechstel (14 Prozent) des Budgets wurde in Europa verwendet, insbesondere durch Projekte im Balkan und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. Der LED unterhält in der Hauptstadt Chisinau ebenfalls ein eigenes Büro. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Die dritte Vertretung des LED im Ausland befindet sich in Cochabamba, Bolivien. In der Region konzentrieren sich die Aktivitäten des LED neben Bolivien auf Peru und Costa Rica bzw. dessen zentralamerikanische Nachbarstaaten. Das liechtensteinische Engagement in Asien (9 Prozent) ist vergleichsweise gering, aber im Aufbau begriffen. Erst vor Kurzem sind die Projekte in den neueren LED-Schwerpunktländern Kirgistan und Afghanistan angelaufen.

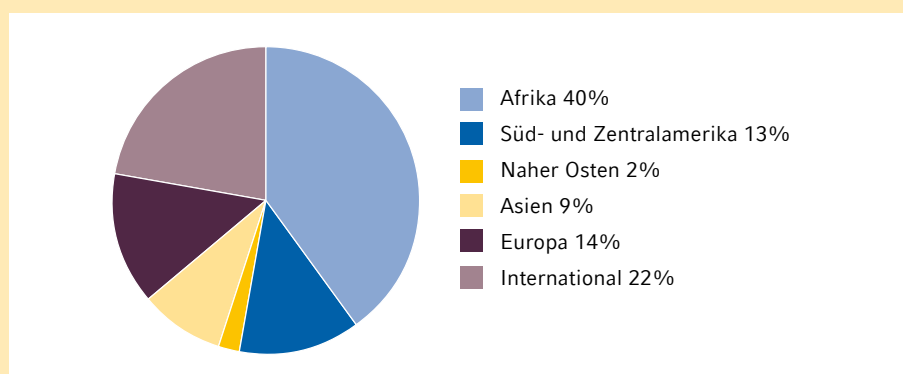
Schwerpunktländer und -regionen

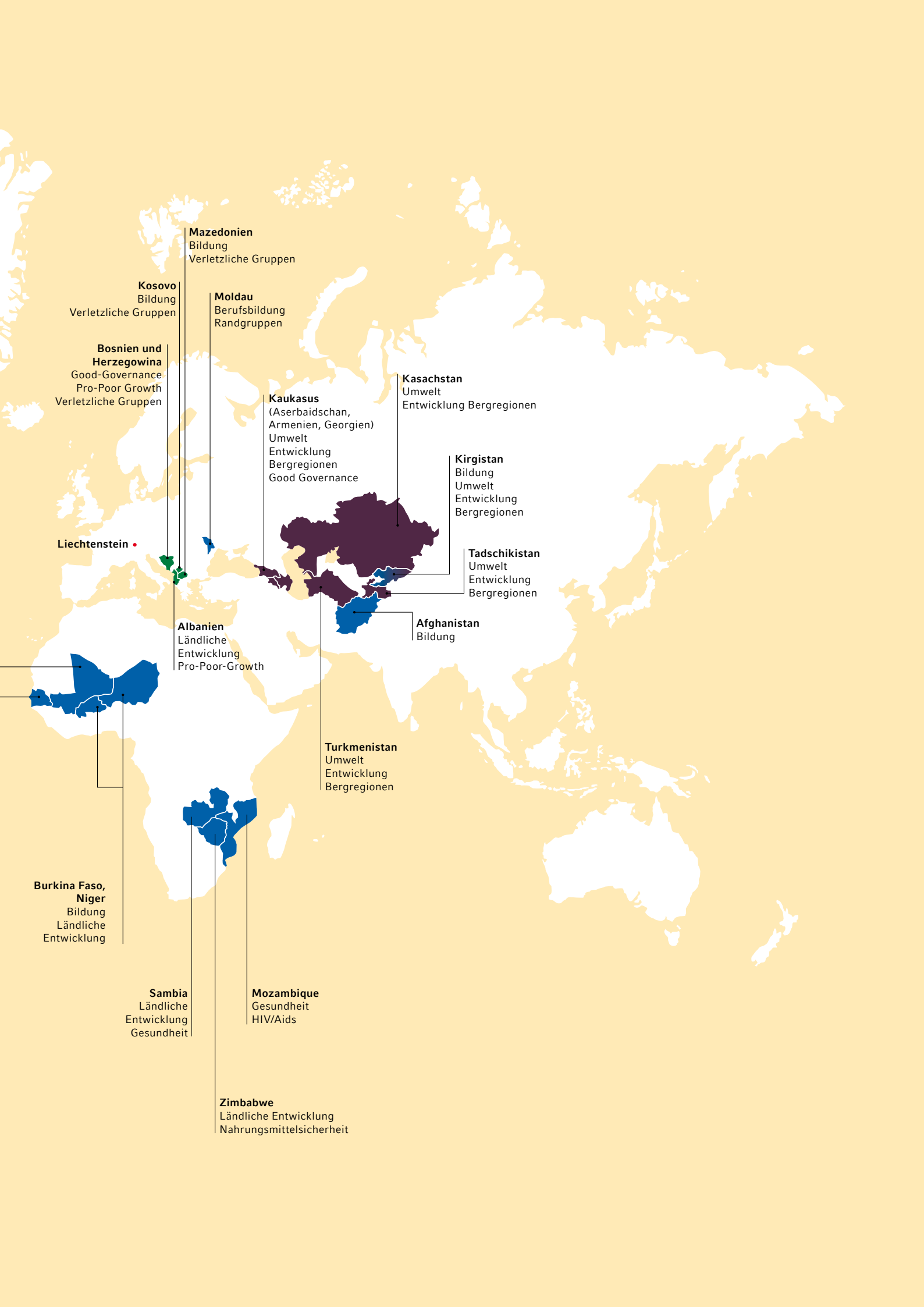
- Liechtensteinischer
Entwicklungsdienst (LED)
- Ausländer- und Passamt (APA)
- Amt für Wald, Natur und
Landschaft (AWNL)



Ein Viertel der Mittel wurde nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese in der Sparte «international» zusammengefassten Beiträge sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

Mittelverteilung nach Regionen





Mazedonien
Bildung
Verletzliche Gruppen

Kosovo
Bildung
Verletzliche Gruppen

Moldau
Berufsbildung
Randgruppen

Bosnien und Herzegowina
Good-Governance
Pro-Poor Growth
Verletzliche Gruppen

Kaukasus
(Aserbaidschan, Armenien, Georgien)
Umwelt
Entwicklung
Bergregionen
Good Governance

Kasachstan
Umwelt
Entwicklung
Bergregionen

Kirgistan
Bildung
Umwelt
Entwicklung
Bergregionen

Tadschikistan
Umwelt
Entwicklung
Bergregionen

Liechtenstein

Albanien
Ländliche
Entwicklung
Pro-Poor-Growth

Afghanistan
Bildung

Turkmenistan
Umwelt
Entwicklung
Bergregionen

Burkina Faso, Niger
Bildung
Ländliche
Entwicklung

Sambia
Ländliche
Entwicklung
Gesundheit

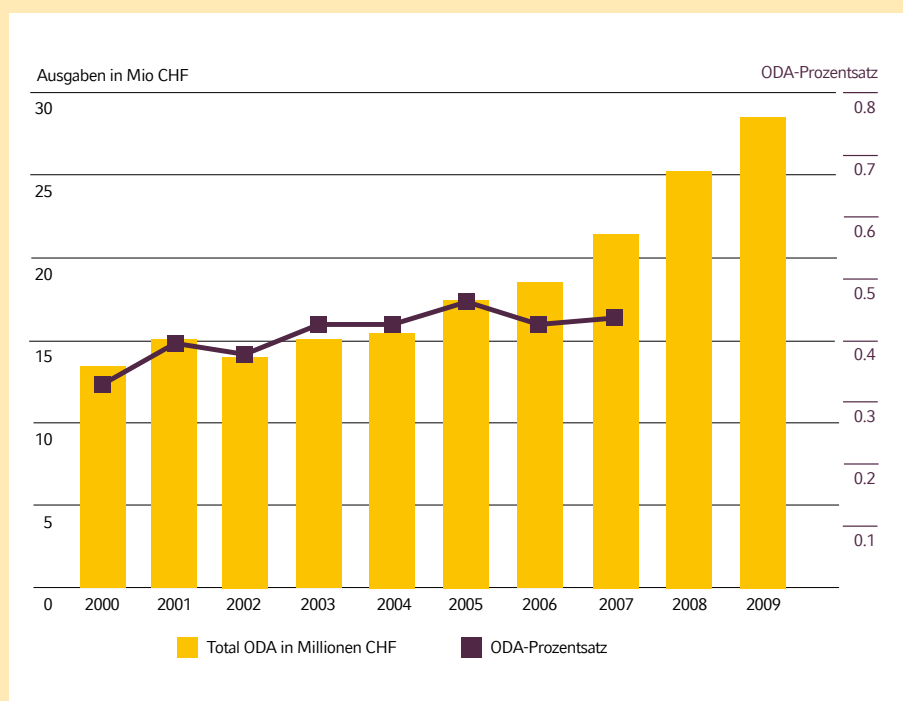
Mozambique
Gesundheit
HIV/Aids

Zimbabwe
Ländliche Entwicklung
Nahrungsmittelsicherheit

ODA-Entwicklung

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz. Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7.

ODA-Ausgaben 2000-2009



Die liechtensteinische Regierung hat sich wiederholt für die möglichst rasche Erreichung dieses Ziels ausgesprochen und dazu kontinuierlich mehr Mittel bereit gestellt. Der ODA-Gesamtbetrag, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfließen, belief sich im Jahr 2009 auf 28.4 Mio Franken. Gemäss BNE-Hochrechnungen ist es sehr wahrscheinlich, dass Liechtenstein damit einen ODA-Prozentsatz von 0.6 erreichen wird. Das definitive BNE für das Berichtsjahr wird allerdings erst im Herbst 2011 vorliegen.

Andrea Hoch und Christine Lingg, Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Umwelt und Entwicklung

Zwei Seiten der gleichen Medaille

Gesundheit ist nicht alles, sagt der Gesunde. Ohne Gesundheit wird alles schwieriger, sagen die, deren Gesundheit in irgendeiner Weise beeinträchtigt ist. Was in Bezug auf die Gesundheit für das Individuum zutrifft, gilt im Fall der Umwelt für Gesellschaften. Die Umwelt ist nicht alles, aber in einer kaputten Umwelt wird alles schwieriger.

Der LED ist keine Umweltorganisation und unterstützt daher auch keine Naturschutzprojekte. Der Auftrag des LED ist die Entwicklung, das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Es liegt in der Natur der Sache, dass dabei der vernünftige Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Erhalt der Umwelt eine zentrale Rolle spielen. Für die Kleinbauern in aller Welt beispielsweise ist die Erhaltung und Verbesserung der Fruchtbarkeit der Böden entscheidend. Dabei darf kein Raubbau an der natürlichen Umwelt betrieben werden, um die langfristige Entwicklung nicht zu gefährden. In der Folge stellen wir drei Projekte vor, in denen wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen, ohne dabei die Umwelt zu zerstören, zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Bio-Baumwolle in Burkina Faso

Burkina Faso ist ein Baumwollland. Über die Hälfte der Deviseneinnahmen stammt aus dem Export von Baumwolle. Seit mehr als einem Jahrzehnt unterstützt der LED zusammen mit anderen Geldgebern die Schweizer Organisation Helvetas im Bereich Biobaumwolle in Mali und seit 2007 auch in Burkina Faso. Im Jahr 2008 machte das Centre for Development and Environment der Universität Bern eine Studie zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Bioproduktion. Es befragte je rund 50 Bäuerinnen und Bauern, welche konventionellen respektive biologischen Anbau betreiben, mit durchschnittlich 5.3 Hektaren Anbaufläche. Mit einem Anteil zwischen 25 bis 40 Prozent war Baumwolle bei allen eine bedeutende Einnahmequelle.

Was hebt in Burkina Faso Biobetriebe von konventionellen Betrieben ab?

- 39% tiefere Hektarerträge, aber 65% höhere Verkaufspreise
- 90% tiefere Inputkosten wegen geringeren Aufwendungen für Agrochemikalien
- 30% höheres Bruttoergebnis bzw. Haushaltseinkommen
- Weniger Verschuldung und somit weniger Abhängigkeit von Kreditgebern
- 30% Frauenanteil bei Bioproduzenten gegen 0% bei konventionellem Anbau
- Bessere Gesundheit wegen Verzichts auf Pestizide
- Sicherere und vielfältigere Ernährung wegen besser diversifizierter Fruchtfolge
- Bessere Bodenfruchtbarkeit mit höherer Speicherkapazität für Wasser
- Gestiegenes Umweltbewusstsein



Bäuerin aus Westafrika
mit ihrer Biobaumwolle

CO₂-neutraler Kaffee in Costa Rica

Der Antrag und die Projektidee stammen von der Kaffeegenossenschaft CoopeDota aus dem Hochland von Costa Rica. Der Kaffeeanbau ist die wirtschaftliche Grundlage von 784 Kleinbauernfamilien mit einer durchschnittlichen Anbaufläche von zwei Hektaren. Die Höhenlage erlaubt die Produktion von sehr hochwertigem Kaffee. Rechnet man pro Familienbetrieb sechs Personen, so profitieren rund 4'500 Personen von diesem Projekt. Zusätzlich hat sich in den letzten Jahren in dieser Region der sanfte Tourismus als ergänzender Wirtschaftszweig mit einer hohen Wertschöpfung entwickelt. Eine intakte Umwelt und der CO₂-neutrale Kaffeeanbau sind gute Argumente, um Erholung suchende Touristen anzuziehen. Diese zwei Einkunftsquellen ergänzen sich.



Die Kaffeeproduktion ist in zweifacher Hinsicht eine CO₂-Schleuder. Einerseits ist der Trocknungsprozess energieintensiv und andererseits fallen riesige Mengen Abfall an, die beim Vermodern Kohlenmonoxid und -dioxid freisetzen. Ausserdem belastet der Abfall auf Grund des hohen Säuregehalts die Flüsse stark. CoopeDota entwickelte ein Verfahren, mit dem aus den Abfällen Biogas und Alkohol hergestellt werden. Das Biogas wird für die Trocknung der Kaffeebohnen verwendet, der Alkohol dem fossilen Treibstoff für den Transport beigemischt. Damit wird Agrotreibstoff aus Abfall und nicht wie sonst üblich aus Nahrungsmitteln hergestellt. Der anfallende Kompost ersetzt zumindest teilweise den Kunstdünger und verbessert die Bodenstruktur.

Die Unterstützung durch den LED besteht aus einem Kredit zu günstigen Konditionen. Er soll über einen höheren Preis für klimaneutralen Kaffee und den Verkauf von CO₂-Zertifikaten amortisiert werden. Die Rückzahlung erfolgt an die Radioschule «El Maestro en Casa», über welche der Kontakt angebahnt wurde und die im Namen des LED die Umsetzung des Projektes vor Ort begleitet.

Links:
Umweltschonende Kaffeeverarbeitung
der Genossenschaft CoopeDota, Costa Rica

Rechts:
Klimaneutraler Kaffee aus Costa Rica

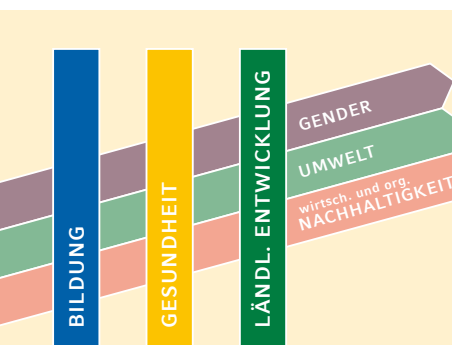
Afghanistan – Nahrungssicherheit durch eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen Ressourcen

Trotz Bedenken bezüglich der Sicherheit reiste der für dieses Land zuständige Mitarbeiter des LED im Jahr 2009 nach Afghanistan, um konkrete Projektideen abzuklären. Daraus resultierte ein Angebot an die Organisationen Intercorporation und Helvetas, ein Projekt zur Nahrungssicherheit auszuarbeiten. Dieses verbindet mittelfristigen Ressourcenschutz mit kurzfristig wirksamen Massnahmen zur verbesserten Nahrungsmittelproduktion.

Im Berggebiet von Saighan soll in einer ersten Phase mit 2'360 Familien in elf Gemeinden gearbeitet werden. In den höher gelegenen Gebieten soll mit einfachen baulichen Massnahmen wie Terrassierungen und Stabilisierung von Erosionsgräben der Abfluss des Wassers verlangsamt und sein Versickern gefördert werden. Ergänzend dazu wird der Wiederaufbau der Vegetation durch das Setzen von Bäumen für Brennholz und mehrjährigen Futterpflanzen gefördert. Zur unmittelbaren Verbesserung der Ernährungssituation und des Einkommens werden Massnahmen für eine diversifizierte und nachhaltige landwirtschaftliche Produktion getroffen, wie zum Beispiel verbessertes Saatgut, lokale Saatgutproduktion, Feldschulen, Instandhaltung und Verbesserung von bestehenden Bewässerungssystemen. Die Frauen werden aktiv in landwirtschaftliche und nicht-landwirtschaftliche Aktivitäten einbezogen. Entscheidend für den langfristigen Erfolg ist der Aufbau von institutionellen Kapazitäten und fachlichem Know-how. Dazu werden die lokalen Gemeinderäte und Distriktversammlungen gestärkt und aktiv in die Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes einbezogen.

Die Beispiele verdeutlichen, dass Umweltschutz und Entwicklung sehr gut zusammenpassen können. Der LED hat sich der Idee der Nachhaltigkeit verpflichtet, die auch im Gesetz über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung verankert ist, und definiert für seine Arbeit den Umweltschutz als ein Querschnittsthema. Es stellt sich also nicht die Frage: Entwicklung oder Umweltschutz, sondern die Devise lautet: Entwicklung mit einem akzeptablen ökologischen Fussabdruck. In der Praxis hat dies die Auswirkung, dass die Geschäftsstelle in jedem Antrag an den Stiftungsrat zwingend abschätzen muss, welche Folgen ein Projekt auf die Umwelt haben könnte. Befürchtete negative Auswirkungen sind ein Ausschlusskriterium.

Dr. Rudolf Batliner, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)



Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit EZA konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen in zwölf Schwerpunktländern und gibt dabei der Frauenförderung, der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt in allen Aktivitäten Vorrang. Sie wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Regierung durchgeführt.

Wasser für die Dritte Welt

24 |

Interview mit Peter Ritter in Tansania

Der LED-Mitarbeiter Ing. Peter Ritter ist im Auftrag der Organisation W3W – Wasser für die Dritte Welt – seit 2001 in Tansania. Sein Team vermarktet erfolgreich robuste Pedalpumpen, die lokal hergestellt werden können. Sie dienen der Bewässerung von kleineren Feldern und Gemüsegärten in der Trockenzeit.

Weshalb lokal hergestellte Pedalpumpen anstatt Generatoren und elektrische Pumpen?
Tansanischen Kleinbauern fehlt das Kapital für grössere Investitionen in moderne, landwirtschaftliche Produktionsmethoden. Die Pedalpumpe stellt eine kostengünstige, dauerhafte und effiziente Einstiegslösung für die Bewässerung dar, die mit minimalen Unterhaltskosten arbeitet. Der Feldertrag verbleibt bei den Familien. Die verwendeten Materialien weisen eine sehr geringe Energiebilanz auf und die geleistete Arbeitskraft durch Pedalbetrieb verursacht kaum CO₂-Emissionen.

Wer verkauft mit welcher Absicht solche Pedalpumpen?

Einheimische Handwerker erlernen die Produktion der Pedalpumpe bei W3W und erhalten eine Ausrüstung, um mit deren Herstellung eine Existenz zu gründen. W3W unterstützt sie auch im Bereich Marketing, Geschäftsführung und Lobbying. So werden sie als selbständige Produktionsbetriebe und Wartungsdienstleister in die Wertschöpfungskette eines nachhaltigen, lokalen Wirtschaftskreislaufes integriert.

Wie verändert eine Pedalpumpe das Leben einer Bauernfamilie?

Eine Studie (ENSAIA, 2008, siehe www.w-3-w.ch) belegt, dass sich sowohl die Ernährungssicherheit als auch die Finanzsituation der Kleinbauernfamilien massiv verbessert hat. Die Anbaufläche verdreifachte sich in der Referenzgruppe. Bei reduziertem Arbeitsaufwand kann so der Ertrag pro Flächeneinheit fast verdoppelt werden. Neben einer sicheren Nahrungsgrundlage erwirtschaftet ein guter Teil der Ernte ein zusätzliches Einkommen.

Dr. Rudolf Batliner, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)



«Wasser ist Leben»
– Peter Ritter bei der Arbeit in Tansania

Klimakonferenz

Liechtenstein in Kopenhagen

Vom 7. bis 19. Dezember 2009 fand in Kopenhagen die 15. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und gleichzeitig die fünfte Konferenz der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls statt. An der Konferenz sollten rechtlich verbindliche Regelungen zur weltweiten Reduktion der Treibhausgas-Emissionen verabschiedet werden, mit dem Ziel, die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen.

Schwierige Ausgangslage

Noch vor der Klimakonferenz waren die Positionen festgefahren und die Ausgangslage entsprechend schlecht. Die USA, welche das Kyoto-Protokoll 1997 zwar unterzeichnet, jedoch niemals ratifiziert haben, lenkten in Kopenhagen ein und zeigten den Willen, zukünftig ihren Teil der Reduktionslasten mitzutragen. Auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien wollen nach 2012 Reduktionsverpflichtungen auf freiwilliger Basis eingehen. Zudem werden auch die am wenigsten entwickelten Länder zukünftig Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen umsetzen. Zum ersten Mal zogen somit alle Parteien an einem Strang. Trotz dieser Fortschritte wurde in Kopenhagen nur eine politische, rechtlich nicht verbindliche Vereinbarung, der so genannte «Copenhagen Accord», zur Kenntnis genommen. Darin konnten unter anderem das 2 Grad-Ziel sowie weitreichende Finanzhilfen an die Entwicklungsländer verankert werden.



Liechtensteinische Delegation in Kopenhagen: (v.l.n.r.) Dr. Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden vom Amt für Umweltschutz, Regierungsrätin Dr. Renate Müssner und Dr. Patrick Insinna vom Amt für Umweltschutz

Liechtensteins Beitrag

Liechtenstein ist Mitglied der im Jahr 2000 gegründeten Environmental Integrity Group (EIG), der neben Liechtenstein die Schweiz, Monaco, Südkorea und Mexiko angehören, und nahm an der Konferenz in Kopenhagen und an den fünf vorbereitenden Expertentreffen aktiv teil. Liechtenstein ist bereit, seine Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Machen andere Staaten im Rahmen eines verbindlichen Klimaabkommens vergleichbare Zugeständnisse, so wird Liechtenstein sein Reduktionsziel auf bis zu 30 Prozent erhöhen.



Veranstaltung zum Einfluss des Klimawandels auf Gebirgsregionen: (v.l.n.r.) Anton Hilber (Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA), Dr. Felix Näscher (Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft) und Prof. Dr. Wilfried Haerberli (Universität Zürich)

Einfluss des Klimawandels auf Gebirgsregionen

Gebirgsregionen sind vom Klimawandel besonders stark betroffen. Daher organisierte Liechtenstein im Rahmen der Klimakonferenz in Kopenhagen zusammen mit der «International Mountain Partnership» eine Veranstaltung, um auf den Einfluss des Klimawandels in den Gebirgsregionen dieser Welt aufmerksam zu machen.

Manuel Frick, Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Internationale Partnerschaften

26 |

Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern in Zentralasien und im Kaukasus

Bedeutung einer integralen Berggebietspolitik

Die liechtensteinische Regierung verschreibt sich der besonderen Förderung einer nachhaltigen, d.h. wirtschaftlich tragfähigen, sozial verträglichen und ökologisch verantwortlichen Berggebietspolitik. Die Berggebiete erfüllen vielfältige ökologische, ökonomische und soziokulturelle Funktionen sowohl für die ansässige Bevölkerung als auch für die im Tal liegenden Regionen. Auch für das Gebirgsland Liechtenstein sind gesunde und leistungsfähige Bergökosysteme für Mensch, Fauna und Flora von existentieller Bedeutung. Das Verständnis für die Probleme in anderen Berggebieten ist deshalb sehr ausgeprägt. Auf Grund dieses Bewusstseins setzt sich Liechtenstein auch international für die Verwirklichung von Grundsätzen nachhaltiger Entwicklungspolitik in Berggebieten ein. Als Beispiele des besonderen Engagements für die Berggebiete im nationalen Bereich können die seit über vierzig Jahren erfolgreich laufenden Projekte im Rahmen der integralen Berggebietssanierung angeführt werden. International ist die aktive Mitarbeit im Rahmen der Alpenkonvention erwähnenswert.

Die natürlichen Werte und Potentiale sowie die weit in die Flachlandregionen hinaus wirkenden Leistungen der Berggebiete werden zwar geschätzt, auch wird deren besondere Bedrohung durch Naturgefahren sowie deren Empfindlichkeit auf schädigende menschliche Einwirkungen grösstenteils anerkannt, jedoch allgemein unterschätzt. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass Berggebiete durch die Entwicklung der internationalen Wirtschaft und des zunehmenden zivilisationsbedingten Drucks auf die Umwelt in ihrer Substanz zunehmend beträchtlich gefährdet werden. Beide Erkenntnisse müssen deshalb in langfristig orientierten und grossräumig angelegten Entwicklungskonzepten berücksichtigt werden. Besondere Naturwerte geben Berggebieten ihre einzigartige Identität; diese ausgeprägte Charakteristik ist aber gleichzeitig auch gekoppelt mit einer besonderen Anfälligkeit auf menschliche Eingriffe und schädigende äussere Einwirkungen. Erschwerend schlägt die beschränkte Anzahl von Abhilfe- und Wiederherstellungsmassnahmen zu Buche.



Eingezwängt zwischen Wildbächen, eine Berggemeinde im Kasbegi Distrikt, Georgien

Anlässlich des Umweltgipfels von Rio 1992 verabschiedeten die Teilnehmerstaaten die Agenda 21. Gestützt auf deren Kapitel 13 fordert die UNO verstärkte Anstrengungen, sensible Gebirgsökosysteme vor schädlichen Einwirkungen zu bewahren und die nachhaltige Entwicklung der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung zu fördern. Damit will die Weltgemeinschaft der Tatsache Rechnung tragen, dass die Berggebiete weltweit sowohl eine wichtige Funktion für das Überleben der Menschheit als auch für die Erhaltung von spezialisierten Pflanzen- und Tierarten haben. Zwecks konkreter Umsetzung dieses Anliegens pflegen die Alpenstaaten, unter dem Dach der Alpenkonvention, eine Partnerschaft mit Gebirgsregionen im Balkan, in den Karpaten, im Kaukasus und in Zentralasien. Aktivitäten in den Bereichen «Good Governance» und «Capacity Building» oder Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden ebenso unterstützt wie bilaterale und multilaterale Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Das in Liechtenstein für diese Tätigkeiten verantwortliche Amt für Wald, Natur und Landschaft arbeitet dazu mit internationalen Organisationen, lokalen und regionalen Regierungen oder Verwaltungen sowie Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt den Aufbau oder die Stärkung von in diesem Bereich tätigen Netzwerken vor Ort.

Partnerschaftliche Entwicklung der Lokalen Agenda 21 im Bergdorf Yeniyol, Aserbaidshan



In den Berggebieten des Balkans, der Karpaten, des Kaukasus oder Zentralasiens stellen sich im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ökonomische, ökologische und soziokulturelle Herausforderungen, die jenen in den Alpen vergleichbar sind. Und dennoch sind die Lösungswege in diesen Berggebieten ungleich schwieriger. Unterschiedliche ethnische Gruppen und politische Systeme, junge und schwache Demokratien, Clan-Strukturen, Armut und Migration, schlechte Regierungsführung, eingeschränkter Zugang zum Nötigsten, eingefrorene oder latent schwelende Konflikte, unvernünftiger Ressourcenverbrauch, hohe Arbeitslosigkeit, geringes Familieneinkommen, geographische Abgeschiedenheit, Klima-Ungunst und Anbau-Erschwernisse, fehlendes Interesse seitens der grossen Zentren und der Regierungen, verloren gegangenes traditionelles Wissen und unzureichende Fähigkeiten zum Umgang mit neuen Herausforderungen sind nur einige der vielen zusätzlichen Probleme, die diese Bergregionen belasten.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

Trotz aller Schwierigkeiten, die Einsicht für die Notwendigkeit und der Wille zum Einschlagen eines nachhaltigen Entwicklungsweges sind vorhanden. Die in einem partnerschaftlichen Prozess erfolgte Festlegung auf einen breit akzeptierten und respektierten Entwicklungsrahmen stellte einen ersten Schritt zur Erarbeitung einer Erfolg versprechenden, lokalen Agenda 21 dar. Die vernünftige Abwägung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und die Einschätzung der benötigten personellen, finanziellen und organisatorischen Mittel verkörperten eine weitere konkrete Phase in der Realisierung eines nachhaltigen Konzeptes. Ein solches gemeinschaftliches Bekenntnis zum Handeln, gepaart mit einem kritischen Selbstevaluationsprozess, führten zur Verwirklichung der drei folgenden Projekte.

Unter- und Oberstufenschule im Dorf Sis, Aserbaidshan

Das rund 400 Einwohner zählende Dorf, welches nur über eine Fahrpiste erreichbar ist, liegt ungefähr drei Fusstunden vom nächsten Zentrum, dem historischen Shirvan Shah am Südwesthang des Pirqulu, entfernt. Die Bevölkerung lebt grösstenteils von der Kleinlandwirtschaft. Mit grosszügiger Unterstützung der Medicor Foundation Liechtenstein konnten zwei Schulbauten – jeweils für die Ober- und Unterstufenschüler des Dorfs und der benachbarten Kleinsiedlungen – vollständig renoviert werden. Die zwei energieeffizienten Bauten gelten als Musterbeispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen ausländischen Geldgebern, einer zwischenstaatlich tätigen NGO und lokalen Verantwortlichen einschliesslich der Bevölkerung.



Unterstufenschule Sis, Aserbaidshan, nach erfolgter Renovation im Mai 2009

Das flachgründige, teilweise knapp unter dem Meeresspiegel liegende Paliastomi-Seen-System in Georgien ist Teil eines Meer- und Süßwasserflächen sowie Moorgebiete umfassenden Nationalparks, welcher als Schutzgebiet im Rahmen der 1991 auch von Liechtenstein ratifizierten Ramsar-Konvention (Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel von internationaler Bedeutung) ausgewiesen ist. Für den Vogelzug ist es das bedeutendste Trittbrett zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer. Das Paliastomi-Seen-System und seine angrenzenden Sumpfgebiete sind auf die Einleitung von Süßwasser aus dem Rioni-Fluss angewiesen. Diese Wassereinleitung wurde bis in die Achtzigerjahre durch einen zeitweise weitgehend zerstörten, ca. 60 Meter langen Kanal vom Fluss Rioni in den Paliastomi-See gewährleistet. Zwecks geregelter Wasserzufuhr wurde dieser Kanal im Rahmen der Umsetzung eines lokalen Agenda-21-Projektes wieder hergestellt und gleichzeitig eine Schleuse gebaut. Mit dem Schleusenbetrieb ist auch die Hochwassersicherheit eines grösseren Stadtteils der benachbarten Agglomeration von Poti wieder gegeben.

Vom lästigen Abfall
zum hochgeschätzten Kompost



Kompostierung

Ein Projekt zur Verbesserung des Abfallmanagements mittels Verwertung organischer Abfälle durch Kompostierung wurde in einem Bezirk der Stadt Kutaisi (Georgien) ins Leben gerufen. Es umfasst den ganzen Zyklus von Sammlung, Kompostierung und Verteilung. Speziell wurde auch auf die Informationsvermittlung sowie die Bewusstseinsbildung zum Thema Kompostierung geachtet. Die Projektumsetzung erfolgte in Zusammenarbeit mit einer lokalen NGO und beabsichtigte, als Pilotprojekt Beispielwirkung zu erzeugen.

Dr. Felix Näscher, Amt für Wald, Natur und Landschaft

Schlusswort

30 |

Umwelt und Internationale Solidarität im Rahmen der liechtensteinischen Aussenpolitik

Spätestens seit dem Rio-Gipfel für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 ist die enge thematische Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungspolitik international anerkannt. In Liechtenstein wurde diese Verbindung explizit im Gesetz über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZEG) von 2007 verankert. Die Erhaltung der Umwelt und die Förderung des verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen ist eines der grundlegenden Ziele des liechtensteinischen entwicklungspolitischen Engagements (Art.1 Ziff.2 lit.e IHZEG).

Die verschiedenen Beiträge im vorliegenden Jahresbericht machen deutlich, dass diesem Ziel im Rahmen der IHZE auch tatsächlich nachgelebt wird. Es handelt sich dabei jedoch nicht nur um einen Akt der Solidarität. Das Engagement zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist vielmehr auch im ureigensten Interesse Liechtensteins. Umweltbelastungen und die Umwelt bedrohende Prozesse, wie die weltweite Klimaerwärmung, machen keinen Halt vor Landesgrenzen. Diese Erkenntnis hat sich seit den 1970er-Jahren immer mehr durchgesetzt und in einer Vielzahl von Verträgen auf globaler und regionaler Ebene ihren Ausdruck gefunden. Den wichtigsten Verträgen ist auch Liechtenstein beigetreten. Liechtenstein nahm auch aktiv an der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 und an den entsprechenden vorbereitenden Expertentreffen teil und verpflichtete sich zu einer weitgehenden Reduktion seiner Treibhausgasemissionen. Die entsprechenden Verhandlungen sollen weitergeführt und an der nächsten Klimakonferenz im November 2010 in Mexiko abgeschlossen werden. Inhaltlich liegt noch ein grosses Stück Arbeit vor der Staatengemeinschaft. Liechtenstein wird an diesem Prozess weiterhin aktiv teilnehmen.

Dem Umstand, dass Umwelt und Entwicklung nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können, trägt somit sowohl die liechtensteinische Umweltaussenpolitik als auch die IHZE Rechnung. Liechtenstein kann und muss auch als kleines Land einen Beitrag für die Bewältigung globaler Probleme leisten. Es darf an dieser Stelle gesagt werden, dass sich Liechtenstein durch dieses Engagement im Ausland Respekt und Anerkennung erworben hat.

Im Rahmen der IHZE wird sich Liechtenstein auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Menschen in allen Ländern dieser Erde, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder anderer Merkmale, ein Leben in Sicherheit und Würde führen können. Wir hoffen, dass die globalen Anstrengungen für den langfristigen Schutz der Umwelt und den verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen insbesondere den nachfolgenden Generationen eine gute Lebensqualität und intakte Entwicklungsperspektiven bereitstellen.

*Botschafter Roland Marxer,
Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten*



AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre
Zusammenarbeit und Entwicklung
des Fürstentums Liechtenstein



LIECHTENSTEIN

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Heiligkreuz 14
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 60 58
F +423 236 60 59

info@aaa.llv.li
www.llv.li